ZECK

das Info aus der roten Flora

Nr. 83 | Oktober 1999



Vorwort

Hallo hier schreibt der praktikant der chef vom dienst sagt ich soll schreiben dass uns das leid tut mit dem späten erscheinen letzten monat und dass wir uns bessern wollen und dieser betrieb bildet aus!

Volontärposten sind noch frei interessierte schreiben bitte mit bild und schokolade an die bekannte postanschrift.

Dabei noch eine anregung aus gegebenem anlaß: beim kaffeetrinken mit beschäftigten der innenbehörde entsorgt doch bitte euer heißgetränk auf dem graumelierten haar desselben.

P.S.: Im Ordner befindet sich ein Text von Gaston Kirsche zum Krieg in Jugoslawien, die Prozeßprotokolle aus dem Verfahren gegen Safwan Eid und ein Aufruf zum antikapitalistischen Aktionstag am 30.11.99

Inhalt

Kurzes 3-4

Demonstration gegen BGS 3

Prozeß gegen Safwan 3

Prozeß gegen Andreas B. 3

JUMJA Kongreß 4

Gedenkveranstaltung f. Andrea Wolf 4

Tino ist tot 4

Atonome Zentren – ein Diskussionswochenende 5

Von Gradmessern und Windbeuteln 6

Zur Diskussion um Drogen und Flora

STEG zu Steaks 7

Bericht des „bürgernahen Genossen"

Polizeiliche Willkür – Rote Flora informiert 8

Postbananische Zustände – Kongreß in Leipzig 10

Anwerbeversuch 11

Nazis fahren Omnibus 12

Zum Ende im AIZ-Prozeß 13

Impressum

V.i.S.d.P.: P.Schulze, Beim grünen Jäger 38, 20357 Hamburg

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 5.0 bis 7.0 oder als Textdatei (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).

Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)

Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).

Eigendruck im Selbstverlag





Demonstration gegen die Bundesgrenzschutzdirektion in Koblenz

Europaweiter Aktionstag gegen den EU-Sondergipfel in Tampere

Am 15. Und 16. Oktober 99 treffen sich in Tampere (Finnland) die Regierungschefs der EU zu einem Sondergipfel mit dem Schwerpunktthema Migrationspolitik und Umsetzung des Amsterdamer Vertrages. Ziel ist – schon wie in den Schengen Vereinbarungen im Vertrag von Maastricht – eine Vereinheitlichung der Migrations- und Flüchtlingspolitik.

Innerhalb Deutschlands nimmt der BGS eine zentrale Rolle in der Festung Europa wahr. Der Schwerpunkt der Tätigkeiten liegt dabei an den östlichen Schengenaußengrenzen. Die deutschen Grenzen zu Polen und Tschechien sind inzwischen die bestbewachten Grenzen Europas. Verdachtsunabhängige Kontrollen 30 km hinter der Grenze, an Bahnhöfen und Flughäfen, bzw. an beliebig konstruierbaren „gefährlichen Orten" verlagern die Grenze überall hin: Jederzeit und überall müssen Menschen, die vom BGS entlang rassistischer Kriterien als „Ausländer" identifiziert werden, damit rechnen, kontrolliert zu werden.

Dem unscheinbaren Gebäude der Bundesgrenzschutzdirektion Koblenz sieht man nicht an, daß hier über das Schicksal von zehntausenden Menschen entschieden wird. Doch die SchreibtischtäterInnen, die hier sitzen, tragen Verantwortung für die hunderten von Toten an der Grenze, in der Abschiebehaft, während der Durchführung von Abschiebungen und in den Herkunftsländern nach erfolgter Abschiebung.
Am 15.10.99 werden im Rahmen des europaweiten Aktionstages zum Tampere-Gipfel antirassistische Gruppen und Initiativen die stille Betriebsamkeit der Bundesgrenzschutzdirektion in Koblenz stören.
Treffpunkt für die Demo in Koblenz ist vor der BGS-Direktion Roonstraße/Ecke Südallee um 14 Uhr.
Stoppt Abschiebung und Menschenjagd!

Anti-Atomgruppe gegründet

In der Roten Flora gibt es neuerdings (wieder) eine Anti-Atomgruppe, die offen für weitere Interessierte ist. Treffen ist jeweils Donnerstag um 18.30 Uhr.

Der Prozeß gegen Safwan Eid läuft und läuft...

Das Verfahren gegen Safwan Eid wird seit dem 3.9.99 vor dem Landgericht Kiel wieder verhandelt. Dies geschieht aufgrund einer Entscheidung des Bundesgerichtshofes, welcher den Freispruch des Lübecker Landgerichtes aufgehoben hatte, nachdem dort vermeintliche Abhörprotokolle, die den Angeklagten belasten, bzw. überführen könnten aus prozeßrechtlichen Gründen in den selbigen eingeführt worden sind. Nunmehr finden also auch diese Abhörprotokolle Eingang in das Verfahren. Diese müssen vor dem Kieler Landgericht übersetzt werden. Dafür wurden 2 Übersetzer als Gutachter herangezogen, von denen jedenfalls einer bereits im ersten Verfahren mit der Übersetzung seitens der Ermitt'lungsbehörden beauftragt gewesen ist, und dort zahlreiche Übersetzungsfehler zu verantworten hat. Nunmehr werden die Bänder in das Verfahren eingeführt und übersetzt, wobei manche Passagen 20 – 30 mal vorgespielt und übersetzt werden.
Eine detaillierte Prozeßbeschreibung findet ihr im Ordner.
Die Prozeßtermine sind jeweils wöchentlich montags um 10.00 Uhr und dienstags um 9.00 Uhr.



Aufruf

Im politischen Kulturmonat November ***(zehn Jahre besetzte Flora)*** soll eine Ausstellung über die Geschichte der Roten Flora in den letzten zehn Jahren gezeigt werden. Hierfür werden noch Fotos, Flugblätter, Plakate und alles weitere Interessante von privater oder öffentlicher Hand gesucht. Ebenso interessieren uns Videoaufnahmen von Ereignissen, Konzerten, Partys etc. Wer etwas beisteuern möchte, kann sich im Archiv der Sozialen Bewegungen melden (Montags und Donnerstags von 16-19 Uhr, Tel. 433007)
Die Ausstellungsgruppe.

Berufungsverhandlung im „Schill-Prozeß".

Anfang Oktober findet die Berufungsverhandlung gegen Andreas B. statt, der im ersten Verfahren vom berüchtigten Richter Schill zu 16 Monaten Knast ohne Bewährung verurteilt wurde, weil er am Gebäude der Roten Flora Polizeibeamte genötigt haben soll, einer Person, die von diesen gerade wegen vermeintlicher Zugehörigkeit zur Drogenszene überprüft wurde, den Ausweis zurückzugeben. Nicht nur das skandalöse Urteil, auch die von Schill verhängte Ordnungshaft von drei Tagen gegen zwei Prozeßbesucher wegen „ungebührlichen Verhaltens" und seine Verschleppung des Einspruchs dagegen hatten damals für Wirbel gesorgt.
Kommt alle zum Prozeß!!
Donnerstag 7.10., Freitag 8.10. und Dienstag 12.10. jeweils um 9.45 Raum 377 im Strafjustizgebäude Sievekingsplatz

Soliparty für das Archiv der sozialen Bewegungen in der Roten Flora am 6. 11.99

Auch das Archiv im ersten Flora-Stock benötigt Geld. Deshalb gibt es an diesem Abend im Rahmen des Florafestspielmonats eine Soliparty zu deren Gunsten mit (oldschool).

„Anti-Diät-Gruppe

Ich würde mich gerne mit anderen Frauen treffen, die Essen auch als problematisches Thema „empfinden"/"erleben", um darüber zu reden wie/wann/warum wir essen, nicht essen oder das Gegessene wieder auskotzen. Dies sollen keine Richtlinien oder so sein, sondern einfach nur Ideen von mir, die Thema sein könnten. Mir ist wichtig dass jede sich einbringen kann. Ich hoffe auf einen Rahmen, in dem wir uns alle sicher und wohl fühlen können.
Mir fiel es schwer diesen Text zu schreiben und zu veröffentlichen. Aber ich hoffe, dass sich einige von euch angesprochen fühlen, Interesse, Lust und vielleicht auch den Mut haben vorbeizuschauen.
Kontaktadresse und Veranstaltungsort: Cafe + Buch / Ann-Kristin, Marktstr. 114, Tel.4322474. Erstes Treffen Donnerstag 28. Oktober 20 Uhr, danach jeden Donnerstag ? Gleicher Ort? Gleiche Zeit?"

JUMJA 99
Vom 17. bis zum 23. Oktober 1999 in Bargteheide

Der JUMJA ist ein einwöchiger Kongreß auf dem es viele Arbeitskreise und Diskussionen zu Themen wie Umweltschutz, Antifaschismus, Feminismus, Tierrechte, linke Theorie, Direkte Aktionen, etc. gibt. Auch soll es darum gehen, Dinge praktisch auszuprobieren und zu üben. Dazu gibt es viele praktische Workshops mit Themen wie Aktionsformen wie Klettern, Lehmbau oder Bauwagenausbau.
Auf dem JUMJA wollen wir versuchen unsere Utopie von einem gleichberechtigtem und herrschaftsfreien Miteinander zu leben (soweit es in der heutigen Gesellschaft möglich ist). Deshalb werden z.B. alle Entscheidungen von allen zusammen im Konsens getroffen, alle anfallenden Aufgaben wie Putzen, Öffentlichkeitsarbeit und Finanzverwaltung von auf dem Kongreß gebildeten Aufgabengruppen übernommen und mit Hilfe einer Struktur diskutiert, mit der wir versuchen wollen gleichberechtigteres Redeverhalten zwischen Männern und Frauen zu erreichen.
Das Ziel des JUMJAs ist es, wie auch in den acht Jahren zuvor einerseits neuen Leuten einen Einstieg in die „Szene" zu bieten , andererseits innerhalb der Bewegung zu diskutieren und sich mit aktuellen Themen und Aktionsformen zu beschäftigen.
Nachdem im letzten Jahr unser Selbstverwaltungskonzept nach Auflösung des Organisationsteams seinen Zweck recht gut erfüllte und somit die sonst schwer vermeidbaren Hierarchien zwischen TeilnehmerInnen und Orgateam verringert wurden, wollen wir dieses Jahr versuchen eine weitere Problematik zu thematisieren, die auf Veranstaltungen dieser Art (und auch sonst in der Gesellschaft) auftritt. Das zentrale Thema dieses Jumjas soll Sexismus Rollen- und Dominanzverhalten sein. Einerseits gibt es viele Arbeitskreise, die diesen Komplex schwerpunktmäßig behandeln, andererseits wird es auch einige getrenntgeschlechtliche Plena, themenbezogene DiskussionsbeobachterInnen, und sonstige strukturelle Vorschläge geben mit denen wir hoffen den Jumja gleichberechtigter und emanzipatorisch zu gestalten.
Jetzt bleibt uns an dieser Stelle nur noch zu sagen, daß genau du eingeladen bist, dich am Gelingen unseres großen Vorhabens zu beteiligen. Also auf zum Jumja!
Mehr Infos zum Jumja bekommst du unter folgenden Adressen, bei den du auch Flugblätter und Plakate bestellen und dich anmelden kannst:

Jumja'99 HH -
Projektwerkstatt

c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
20357 Hamburg

Informationstelle Kurdistan

Gedenkveranstaltung für die Internationalistin Ronahî, Andrea Wolf am 24.10., 15 Uhr

Andrea Wolf hatte sich seit Anfang 1997 am Kampf der ARGK Guerilla in Kurdistan beteiligt. Am 23. Oktober 1998 fiel sie bei einem Gefecht mit der türkischen Armee lebend mit anderen GenossInnen in die Hände des Feindes. Sie und andere Freundinnen und Freunde wurden ermordet.
Andreas Tod ist für uns ein großer Verlust. Als Internationalistin war und ist sie für uns ein Symbol der Hoffnung, daß die Kämpfe für Freiheit und Unabhängigkeit überall auf der Welt zusammenwachsen werden.
Zum Todestag von Andrea Wolf findet am 24. Oktober eine Veranstaltung in Hamburg statt.
Hierzu sind alle eingeladen, die mit uns gemeinsam Andrea gedenken wollen, in deren Herzen und Gedanken Andreas Ziele und Träume weiterleben.
Die Veranstaltung findet in Hamburg/Willhelmsburg statt, S-Bahn 3 oder 31 Richtung Neugraben, Haltestelle Veddel umsteigen in Bus 155 Richtung Kirchdorf Süd, Haltestelle Veringstraße
Adresse: Marmara Salon Vogelhüttendeich 48, Beginn 15 Uhr
Karten können bei der Informationstelle Kurdistan, Hobrechtstraße 14, 12047 Berlin Tel. und Fax: 030 61305622 oder den Kurdistan Solidaritätsgruppen in vielen Städten bestellt werden
Für Hamburg: Infocafe der Kurdistan Solidarität, jeden Dienstag ab 16 Uhr Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg

Tino ist tot

Gekannt haben ihn eigentlich alle, die tagtäglich ihm Stadtteil unterwegs waren wie Tino. Anfangs immer mit seinem leicht korpulenten weissen Hund und seinen persönlichen Siebensachen auf der Straße unterwegs, konnte Tino von sich mit Recht sagen, er lebe im Schanzenviertel. Und wenn man sagt, Tino hatte viele Bekannte, dann vor allem im Wortsinne: egal ob in der Roten Flora, im Schanzenstern oder Fritz Bauch, bei den Betreiberinnen des Teeladens, diversen Bäckereien oder Gemüseläden, dem Cafe Augenblicke, überall hatten alle ihre kleine Aufgabe, Tino zu unterstützen. Dabei hat er weder aus seiner Drogenabhängigkeit, seiner HIV-Infektion oder seiner Entscheidung, auf der Straße leben zu wollen, einen Hehl gemacht. Und das hatte nichts mit verquerer Sozialromantik, noch mit bemitleidenswertem Obdachlosentum zu tun. Es war einfach seine persönliche Entscheidung. Wohl vor allem wegen der vielfältigen Unterstützung konnte Tino trotz der massiven Polizeieinsätze gegen die offene Drogenszene im Schanzenviertel sein Leben, das vor allem um den Kauf und den Konsum illegalisierter Drogen kreiste, einigermaßen unbehelligt organisieren. In den letzten zwölf Monaten war es dann vor allem sein immer schlechter werdender Gesundheitszustand, der ihn zunehmend einschränkte. Er mußte sich von seinem Hund trennen, Beschwerden beim Laufen machten es ihm immer schwerer, sich das nötige Geld zusammenzuschnorren. Zuletzt mußte er sich immer wieder in ärztliche Behandlung begeben, doch die nötige Ruhe hatte Tino nicht mehr und wollte sie sich auch nicht mehr nehmen. Am 19. September nun ist Tino nach einem kurzen Krankenhausaufenthalt gestorben.

Antikapitalistischer Aktionstag am 30.11.99

In Anlehnung an die Aktionen, die am 18. Juni in London und Köln stattgefunden haben (15000 Menschen feierten in London eine Reclaim the Streets Party und zerlegten danach diverse Banken und Mc Donalds-Filialen, während die Proteste in Köln gegen den G8 Gipfel durch ein massives Polizeiaufgebot fast im Keim erstickt worden sind). Am 30. November ist in Seattle der WTO-Gipfel. Dieses Datum soll dazu dienen, die Diskussion um globale antikapitalistische Aktionstage auch in Hamburg zu entfachen. Dazu wird zu einem Vorbereitungstreffen am 12.10.99 um 19.00 Uhr in der Projektwerkstatt in der Roten Flora eingeladen. Den etwas längeren Aufruf zu diesem Datum und dem Aktionstag findet Ihr im Ordner.

Autonome Zentren
Schwarze Löcher im öffentlichen Raum?!

Einladung zu einem Diskussionswochenende vom 26.-28. November 1999 in Hamburg

Die Rote Flora wird ab November diesen Jahres seit zehn Jahren besetzt sein. Die Flora hat diesen Status bis heute verteidigt und alle Einflußnahmen, Vertragsangebote oder Räumungsansätze der Stadt Hamburg sind bisher gescheitert. Auch einen Großbrand 1995 hat sie in diesen Jahren, zwar angeschlagen, aber im großen und ganzen unerschüttert überstanden. Eine breite Solidarität, auch aus anderen Städten, hat ihren Teil dazu beigetragen, die schweren Brandschäden zu beheben und die Autonomie des Projektes bis heute abzusichern.

Um dies zu feiern, findet in der Roten Flora ein Veranstaltungsmonat zur zehnjährigen Besetzung statt. Einen ganzen Monat sollen Konzerte, Partys, Filme, Diskussionen und eine Ausstellung, die Geschichte und Gegenwart dieses Projektes, als einen Teil der linksradikalen Bewegung darstellen. Wir, einige Menschen aus der Flora, wollen diese Feierlichkeiten nutzen, um überregional zu einem Diskussionswochenende nach Hamburg einzuladen. Wir wollen an diesem Wochenende über die Situation und Bedeutung autonomer Zentren reden und uns über unsere Politikansätze austauschen. Der Event soll vom 26. –28. November diesen Jahres in der Flora stattfinden. Freitagabend wollen wir mit einem Diskussonsbeitrag von uns beginnen und anschließend nochmal in größerer Runde plaudern. Samstag überlassen wir Kleingruppen und AG's ihre Planung selbst. Diese können sich nach Neigung in eigenen AG's oder aufgrund von Anregungen unserer Eingangsthesen zusammensetzen. Sonntag wollen wir uns nochmal gemeinsam treffen und versuchen ein Resumee zu ziehen. Keine Angst. Ziel des ganzen soll nicht gleich die Neubestimmung autonomer Politikformen oder gar der radikalen Linken insgesamt werden. Wir wollen einfach nur mal mit vielen Leuten abgleichen, wo wir stehen, wie wir unsere Situation einschätzen, und wo wir jeweils hinwollen. Alles weitere kann sich entwickeln oder eben auch nicht. Wir versuchen für alle drei Tage eine Vokü und Frühstück in der Flora zu organisieren. Samstag- und Sonntagabend wird wohl im Rahmen der Florafeierlichkeiten eine Party bzw ein Konzert statfinden. Um einen gemeinsamen Ausgangspunkt zu schaffen wird eine Gruppe aus Hamburg den Freitag vorbereiten. Inhaltlich werden darin grob folgende Blöcke skizziert:

Kulturelle Ausgangspunkte

Eine linksradikale Bewegung ohne eigene kulturelle Ausdrucksformen ist keine. Insofern beschreibt die kulturelle Relevanz der Linken auch immer ein Stück weit ihre politische. Autonome Zentren sind zumeist eine Schnittstelle zwischen Kultur und Politik im öffentlichen Raum. Häufig knüpfen sich an dieses Verhältnis Differenzen an. Kulturleute werden mißtrauisch als per se unpolitisch beäugt, VertreterInnen der politischen Linken zu kulturunfähigen HardlinerInnen erklärt. Wir wollen uns solcher Zwistigkeiten in diesem Block annähern und eine kurze Einschätzung zu unserer derzeitigen kulturellen Befindlichkeit liefern.

Freiräume

Die Autonome Bewegung der achtziger Jahre orientierte sich stark an der Strategie, über „befreite Gebiete" partizielle Brüche zur herrschenden Ordnung herzustellen. Wir wollen fragen, ob der Freiraumgedanke für uns im nächsten Jahrtausend noch Perspektiven bietet und wenn ja wo und wie. Wir wollen darin zum einen auf die zunehmende Zonierung des öffentlichen Raums eingehen, zum anderen kritisch nach reaktionären Identifikationen innerhalb linker Freiräume fragen.



Drogen, Linke, Staat

In den letzten Jahren hat in der Flora und anderen Teilen der Linken ein Umdenkprozeß stattgefunden. Wurde einst ein kompromißloses „Heroindealer verpißt euch" vertreten, ist diese Position nun aufgebrochen. Die Linke bewegt sich an diesem Thema allerdings nach wie vor unsicher. Einerseits gibt es bei vielen nach wie vor das Bedürfnis erkämpfte Räume vor Drogen zu schützen, andererseits aber auch das Bewußtsein, das solche Verhaltensmuster die staatliche Repression reproduzieren. Wir wollen über unterschiedliche Sichtweisen zu dieser Problematik diskutieren und politische Perspektiven hieraus entwickeln.

Stadtteilkämpfe

Viele Zentren beziehen sich positiv auf Stadtteilkämpfe. Ende der Neunziger ist dies sicher kein hippes Thema mehr. Es ist im Rahmen antideutscher Argumentationsmuster Mode geworden, sich von ViertelbewohnerInnen als reaktionärem Mob zu distanzieren. Wir halten diese Sichtweise für verkürzt und perspektivisch falsch. Richtig ist jedoch die Kritik an einem Politikansatz, der ViertelbewohnerInnen zum revolutionären Subjekt erklärt hat. In den letzten Jahren hat sich daher eine Neubestimmung von politischer Arbeit im Stadtteil entwickelt. Wir wollen dies aufgreifen und unter anderem auch reflektieren, welche Teilhabe unsere sich wandelnde Szene an aktuellen Umstrukturierungsprozeßen hat.

Befriedung

Wir wollen uns hier nicht nur mit der Frage nach der Bedeutung von Verträgen für besetzte Häuser beschäftigen, sondern mit der Rolle, die Autonome Zentren nach unserer Meinung einnehmen können. Dies soll sich aus den vorausgegangenen Punkten herleiten.

Wir fänden es schön, wenn sich Leute aus anderen Städten an diesen Diskussionen beteiligen würden. Wir werden bei allen, die sich frühzeitig anmelden, gerne für Schlafplätze sorgen. Für die Nachtruhe spontan Anreisender übernehmen wir keine Garantie, bzw diese müssen sich evtl. selbest um Schlafplätze kümmern. So oder so meldet euch bitte frühzeitig an, damit wir abschätzen können, ob wir platzmäßig noch andere Zentren und Räume als die Flora benötigen. Über Leute, die AG's vorbereiten wollen, freuen wir uns natürlich sehr.

<u>Anmeldungen, Fragen oder Anregungen an:</u>

Rote Flora, c/o Schönes Wochenende, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg, Fax: 040 / 432 54 754

Von Gradmessern und Windbeuteln

Zum Text "Einmal ist Keinmal" von *Einige AnwohnerInnen* oder: wie Angst Politik radikal killt

Zur Erinnerung: im März '99 hatten wir - *Einige Flora-UserInnen* - in der Zeck unseren politischen Unmut im Umgang 'der Flora' mit der Drogenszene im Eingangsbereich zum Zentrum geäußert. Auf die z.T. recht scharfe Kritik in der April-Ausgabe der Zeck präzisierten wir unseren Standpunkt in der Juni-Ausgabe, da wir ein Eingehen auf die uns wesentlichen Punkte in den meisten Reaktionen vermißten und außerdem - sozusagen im Guten - der Auseinandersetzung einiges an politischer Qualität abgewinnen konnten. Das vorliegende Papier ist hingegen eine schlichte Erwiderung auf den Angriff und die Verdrehung der *Einige AnwohnerInnen* in der September Zeck auf unsere Artikel bzw. Positionen.

Zuerst zu den Beleidigungen und Drohungen: sie erweisen sich doch immer wieder sehr anregend, um den eigenen "sozialdemokratischen" und trägen Hintern an den Bildschirm zu bewegen, um dem Streit eine weitere Schleife zu flechten. Bei dem erschreckenden Grad des Verlusts des Politischen bei den *Einigen AnwohnerInnen* bleibt uns so zumindest die Hoffnung, sie mit unserem "geschwätzigen Geblubber" tatsächlich in die "Bewußtlosigkeit zu quatschen". Einiges sei diesen Leuten jedoch noch mit auf den Weg gegeben: die im letzten Satz ausgesprochene kleine Herrschaftsphantasie eines radikalen Gradmessers, der zukünftig über Ausschlußmechanismen bestimmter ungenehmer Positionen entscheidet, ist so albern wie gefährlich und kehrt nicht selten an den Ort zurück, von dem sie losgeschickt wurde.

"Einmal ist Keinmal", aber zweimal scheinbar auch. Daher hier nun zum dritten Mal unsere Position zur sogenannten Drogenproblematik: In unserer Praxis als Autonome (und - so gut es euch auch in den Kram paßt - nicht als SozialdemokratInnen) bekämpfen wir die staatliche Verfolgungs- und Vertreibungspolitik gegenüber der kriminalisierten und marginalisierten Drogenszene. Genauso kämpfen wir gegen staatliche, gesellschaftliche und individuelle Rassismen - gerade auch dort, wo sie die Vertreibungspolitik gegen die Drogenszene ergänzt und umgekehrt. Hier stellen wir uns auch hinter die Flora-Politik, an der Flora dieser Vertreibung und Hetze Einhalt zu gebieten bzw. sie in ihrem Ablauf zu stören. So weit so gut.

Gleichzeitig finden wir es richtig, daß sich die Flora gegen den Konsum und den Handel bestimmter Drogen *im* Gebäude ausgesprochen hat, da dieses Geschäft (das eine hohe und manchmal auch recht ätzende Eigendynamik entwickeln kann) ansonsten den Betrieb dessen verunmöglichen würde, für das die Flora nun schon seit zehn Jahren kämpft: eines autonomen Stadtteilzentrums. Diese wichtige von der Flora gesetzte Grenze von Innen (als politisch kollektivierter und zum Teil geschlossener Raum) und Außen (als politisch umkämpfter öffentlicher Raum) sahen wir nun durch die Drogenszene an und in den Eingängen (und *nicht* auf der Treppe, hinter der Flora, an der Seite, unter der Terasse oder vor der Mopedwerkstatt!!) gefährdet - that's it. (Inzwischen wurde das 'Nicht-Problem' sowieso baulich gelöst.) Wer sagt, daß dies die "identische" Vertreibungslogik wie die der Stadt sei und uns darüberhinaus noch als SozialdemokratInnen diffamiert, entpuppt sich entweder als blöde oder in höchstem Masse bösartig.



Zu unserem von den *Einige AnwohnerInnen* um eine wichtige Stelle verkürzt zitierten Satz:

"Wir finden es legitim, wenn bspw. der Baschu Schilder aufstellt, mit der Bitte/Aufforderung, auf dem Spielplatz keine Drogen zu konsumieren und zu handeln, wenn gleichzeitig ein Bewußtsein dafür vorhanden ist, daß dies lediglich eine notwendige, pragmatische Umgangsform ist, die grundsätzlich keine Lösung sein kann, da die Drogenszene letztlich überall unerwünscht ist",

schreiben die *AnwohnerInnen*, daß nun scheinbar unserer Meinung zufolge

"endlich damit begonnen werden [kann], die für zukünftige Vertreibungs- und Ausgrenzungsszenarien notwendigen Setzungen vorzunehmen: 'da die Drogenszene letztlich überall unerwünscht ist'".

Im Gegensatz zu dieser Unterstellung meinten wir aber nicht, daß endlich gegen die Drogenszene losgeschlagen werden sollte, da diese sowieso niemand mag, sondern ganz im Gegenteil, daß es ein Bewußtsein dafür geben muß (in diesem Falle vom Baschu), daß eine Vertreibung der Szene von einer bestimmten Stelle gesellschaftlich nichts löst, da die Szene nirgends hingehen kann, da sie eben überall unerwünscht ist. D.h., obwohl also die ganz konkrete Vertreibung der Szene vom Baschu sich inhaltlich begründen läßt, fällt sie evtl. mit einer Vertreibungspraxis des Staates zusammen. Deswegen ist sie aber nicht unbedingt falsch, jedoch auf jeden Fall widersprüchlich. Es muß also ein Bewußtsein für das Unrecht der staatlichen, privatkapitalistischen oder schlicht (sozial-)rassistischen Ausgrenzungspolitik geben und eine Praxis, um dagegen vorzugehen; und trotzdem kann es trotz Solidarität an manchen Stellen notwendig sein, sich an Punkten gegen die Drogenszene zu richten. Für diese Widersprüchlichkeit und Differenziertheit haben wir uns stark gemacht.

Dennoch haben uns die meisten Reaktionen unterstellt, wir wollten die Drogensszene ganz vertreiben oder möglichst weit von uns fernhalten bzw. unsichtbar machen und uns damit in die sozialdemokratische Mehrheitsgesellschaft eingliedern. Was soll das? Wozu diese pseudoradikalen Kanzelpredigten, die sowieso keine Praxis haben und höchstens der eigenen Identitätsfindung dienen? (Letzteres sehen wir allerdings als ausschlaggebend für die Haltung vieler GenossInnen an.)

Ja, es ist war, wir wollen Mehrheiten schaffen, *aber nach unseren revolutionären Bedingungen* und nicht, wie ihr uns unterstellt, nach marketing Strategien von zu befriedigender gesellschaftlicher Nachfrage: daß sich letztere dann in der Tat rot-grün verfärben ist klar. Aber demgegenüber bedeutet radikal bleiben und sich nicht verkaufen, nicht, sich vom Projekt der Emanzipation und der Politik abzuwenden, sondern im Gegenteil möglichst viele Menschen für sich zu gewinnen. Wer das aufgibt - und nun mal wirklich in "Lehrermanier" - muß sich überlegen, was mit den unbelehrbaren Massen zu tun ist: abschaffen? Und so schwer es fällt: Leute werden erst überzeugt, wenn sie ernst genommen werden. Bei all eurer Verachtung gegenüber den Ängsten der Menschen schimmert eines um so klarer durch: eure Angst vor der Auseinandersetzung, von der ihr euch scheinbar nichts versprecht, außer in ihr inhaltlich unterzugehen und sozialdemokratisch zu werden. Vielleicht liegt es ja an der Schwäche eurer politische Argumente, daß ihr lieber von Angriff daherredet, statt wirklich inhaltlich - also materiell und argumentativ - zum Angriff überzugehen?!

Einige Flora-UserInnen

STEG zu STEAKS

"Kein Weg mit der STEG!" - noch vor knapp 10 Jahren erschallte dieser Ruf zwar entschlossen, aber doch recht einsam durchs Viertel, denn ausserhalb der autonomen Szene wollte niemand so recht etwas über Umstrukturierung, Metropolenwettbewerb und aufstiegsorientierten Mittelschichten wissen, die da ins Viertel drängen wollten. Der Kampf der Guten gegen das allgemeine Schlechte war ein einsamer und voller taktischer Niederlagen... Dass nun ausgerechnet jetzt authentische VietelbewohnerInnen den Kampf gegen die STEG (Stadterneuerungsgesellschaft) aufnehmen und den (politischen) Straßenkampf via Transparent für sich entdecken, kommt für die meisten pensionierten StadtteilkämpferInnen einige Jahre zu spät. Grund für die Aufregung: Mitte August war öffentlich geworden, dass der private Laueinvestor in Gestalt der B & D Grundstücksgesellschaft ein Haus in der Sternstr. 115 und zwei Häuser in der Schanzenstr. (Nr. 52 und 54) abreissen lassen wollte, obwohl sie ursprünglich zur Sanierung vorgesehen waren. Das alles sollte mit dem ausdrücklichen Segen der STEG über die Bühne gehen. Doch nun proben die betroffenen MieterInnen den Aufstand und zunehmend gerät dabei die STEG mit ihren Machenschaften ins Visier des Protestes.

Als im Frühjahr 1990 die STEG gegründet wurde, sollte die Aufgabe der STEG die sogenannte "behutsame Stadterneuerung" in den Quartieren von Karolinenviertel, St.Pauli und Ottensen sein. Strategisch verfolgt die STEG, an der die Baubehörde mit 51% beteiligt ist, jedoch tatsächlich eine langfristige Aufwertung der von ihr betreuten Stadtteile - die Sanierung ist weniger für die Menschen, die hier heute wohnen gedacht, als vielmehr für diejenigen, die nach dem Willen der Standortstrategen von Wirtschaft und Handelskammer hier in Zukunft wohnen sollen.

Angesichts dieser Ausgangslage konnte die STEG sich eigentlich nur wacker von einem bereitstehenden Fettnapf in den nächsten treiben lassen. Egal ob Mehrzweckhallenplanung auf dem Heiligengeistfeld, Bauwagenplatz Bambule, Verhandlungsversuche mit der Roten Flora, die Sanierung der Alten Rinderschlachthalle, rassistischen Gutachten zu den im Karoviertel lebenden Roma, immer war die STEG unkritischer Vollstrecker der Richtlinien Hamburger Politik im allgemeinen und der Standortpolitik der Handelskammer im besonderen.

Angesichts dieser Vorzeichen ist das desaströse Versagen der STEG im Zusammenhang mit der Sanierung des Laue-Komplexes kein Unvermögen, sondern die gewollte Standortaufwertung durch einen privaten Investor, dem die STEG bereitwilligst das Feld überlässt. Den neuerlichen Beleg für diese Behauptung liefert der geplante Abriss der drei eigentlich im Stadterneuerungskonzept zur Sanierung vorgesehener Altbauten auf dem Komplex, den die B & D Grundstücksverwaltungsgesellschaft beantragt hat.

Noch im Dezember 1995 tönte es in einer Erklärung der Staatlichen Pressestelle anlässlich der Unterzeichnung eines "Städtebaulichen Vertrages" zwischen der Stadtentwicklungsbehörde unter Beteiligung der STEG und der B & D Grundstücksgesellschaft, mit diesem Vertrag werde "die Einwohnerschaft vor Verdrängungstendenzen" geschützt. Zudem wurde ausdrücklich erklärt: "Sämtliche 81 Altbauwohnungen werden zur Gewährleistung niedriger Mieten mit öffentlichen Mitteln instandgesetzt und modernisiert." Knappe vier Jahre später interessiert niemanden mehr das Geschwätz von gestern, zumal die damals beteiligten z.T. bemerkenswerte Metamorphosen durchlaufen haben. Der Geschäftsführer der B & D Grundstücksgesellschaft ist nämlich Norbert Schramm. Und der hat sozusagen mit sich selber konsequente und kompromisslose Verhandlungen mit harten Bandagen geführt: 1995 war kein geringerer als Schramm auf Seiten der STEG an den Verhandlungen mit B & D beteiligt, heute pfeift er auf seine "eigenen" Vertragsergebnisse. Diese qualifizierte Form des Filz setzt sich nahtlos in einem geradezu herzlichen Verhältnis zwischen B & D und der STEG fort. Statt über die Einhaltung des städtebaulichen Vertrages zu wachen, degradiert sich die STEG zur besseren Presseabteilung der B & D. Rüdiger Dohrendorf, Pressesprecher der STEG findet nichts an der Begründung der B & D auszusetzen, aufgrund jahrelanger vernachlässigter Instandsetzung ist eine Sanierung der drei Häuser nicht mehr rentabel, Abriss und Neubau sei die wirtschaftlichere Alternative.

Diese Einschätzung kann jedoch nur auf fachlicher Inkompetenz oder auf kalkulierter Verdummung beruhen, denn unabhängig davon, dass der Abrisswunsch im Widerspruch zum städtebaulichen Vertrag steht, er ist vermutlich schlicht rechtswidrig. Im § 177 des Baugesetzbuches steht nämlich schwarz auf weiss, dass wirtschaftlich Nachteile, die sich aus mangelnder Instandhaltung begründen, eben kein Grund sind für die Rechtfertigung eines Abrisses. Und dieser Mangel ist nicht eigentümergebun-



den, sondern objektgebunden. Im Klartext: wenn die B & D Grundstücksgesellschaft ein nur unzulänglich instandgehaltenes Miethaus erwirbt, kauft sie auch die Mängel, ohne dass diese für sich genommen einen Abriss rechtfertigen. Wenn sich dann die Sanierung nicht mehr rechnet, ist das eben das Problem des aktuellen Eigentümers. Immerhin hat sich diese Erkenntnis bereits im Sanierungsbeirat durchgesetzt, der einstimmig auf einer seiner letzten Sitzung den Stopp des Abrissverfahrens gefordert hatte und eine neue Bewertung des Vorgangs forderte. Hier fiel der STEG als erste Reaktion allerdings nichts besseres ein, als festzustellen, dass ein alternatives Gutachten ganz schon teuer würde. Und der Investor liess laut Hamburger Abendblatt verlauten, er könne ja auch warten, bis der Komplex kein Sanierungsgebiet mehr sei, dann wäre ein Abriss nur noch eine Formsache. Angesichts dieser Unverfrorenheit tut die Staatsschutzabteilung des Hamburger LKA tatsächlich gut daran, sich schon mal von der Investoren-Bautafel die anschlagsrelevanten Adressen abzuschreiben, wie dies jüngst zu beobachten war, um einen effizienten Objektschutz zu organisieren.

Dass die traute Eintracht zwischen Schramms B & D und seinen ehemaligen Arbeitskollegen reibungslos funktioniert, zeigen die Statements der STEG: hier hackt die eine Krähe der anderen kein Auge aus. Die die Abriss-Gutachten des Investors prüfende STEG-Architektin fand zunächst alles in Ordnung, obwohl dem Vernehmen nach z. B. Schwamm für ein Haus festgestellt worden sein soll, das gar keine Holzdecken-, sondern eine Betondeckenkonstruktion aufweist. Aber das sind lästige Details, denn die STEG und die privaten Laueinvestoren hatten eben ursprünglich das große Ganze im Auge.

So gesehen muss die Investoren die doppelte Rolle rückwärts der STEG arg geschmerzt haben, denn nachdem der öffentliche Druck täglich anwuchs, musste die STEG mittlerweile erklären, dass ein Abriss der Häuser nicht mehr vorgesehen sei, auf jeden Fall wird nun das von den betroffenen MieterInnen geforderte Alternativgutachten erstellt, dann sehe man weiter. Um den miesen Ruf der STEG nicht noch mehr ins Unterirdische absacken zu lassen, musste den MieterInnen dieser Teilerfolg zugestanden werden. Aber realistischerweise wird diese Schlappe die strategischen Ziele der STEG und der Laue-Investoren nicht wirklich infragestellen können, steuerliche Verlustabschreibung sei dank.

Ohne weitere öffentliche Diskussionen, von AnwohnerInnenbeteiligung mal ganz zu schweigen, werden indessen die restlichen Baulücken auf dem Lauekomplex verplant, im übrigen werden sich die Investoren da schon ihre Profite sichern.

Die städtebaulichen Rahmenbedingungen werden dort von den Projektentwicklern Nugent und Lange im Auftrag der B & D geplant, deren Büro den Namen "Sternquadrat" trägt.

Es lässt sich leicht erahnen, was am Ende dieser Rechnung heraus kommt, denn STEG plus "Sternquadrat", da ist das Ergebnis immer negativ. So einfach kann politische Arithmetik sein.

der BüNaGe (bürgernaher Genosse)



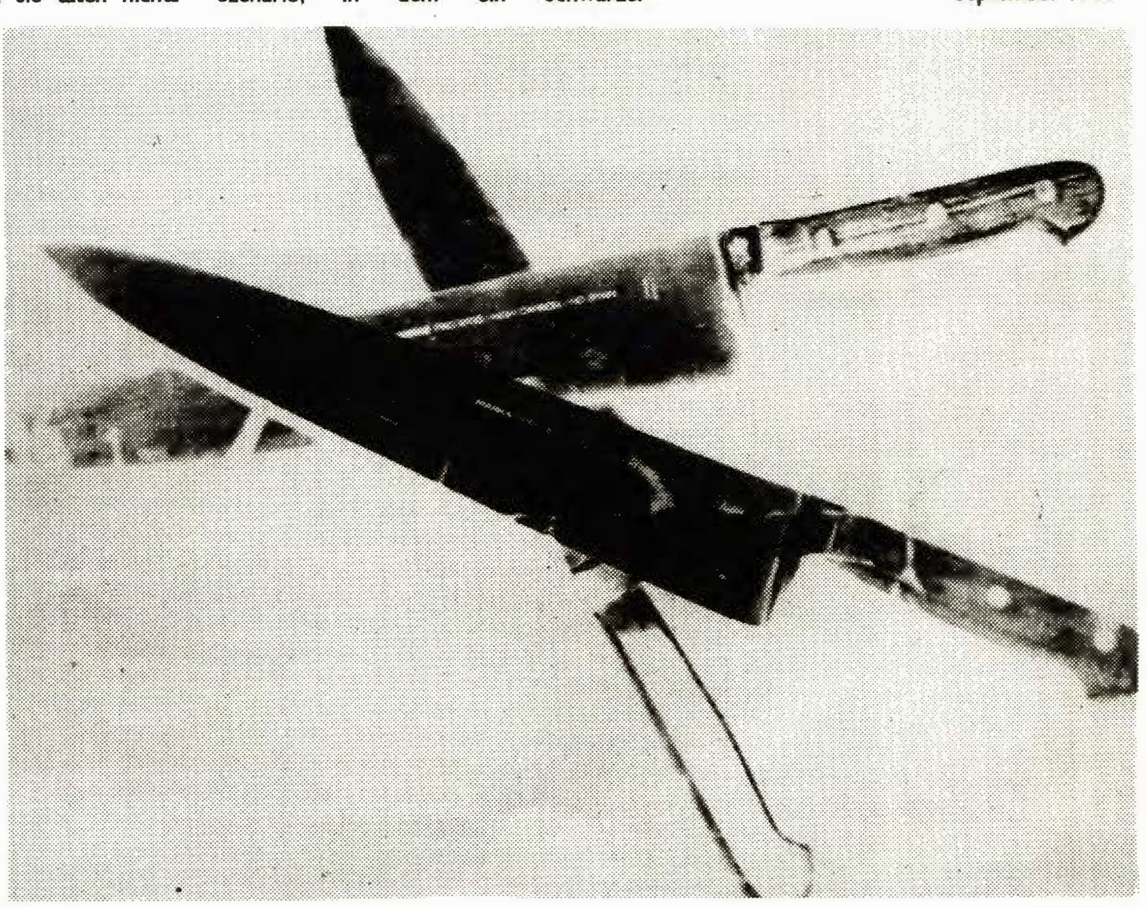
Polizeiliche Willkür

Der Hamburger Senat baut sich neue Verbrechen

Ab dem 1. September ist in Hamburg eine neue Verfügung in Kraft getreten, mit der als „gewerbsmäßiger Dealer" strafrechtlich verfolgt werden soll, wer 3-4 Mal mit einer geringen Menge Drogen (1 Gramm Heroin = 8 Briefchen, 1 Gramm Kokain = 8 Kügelchen, 10 Pillen Extasy oder 10 Gramm Marihuana) „angetroffen" wird. Bisher galt eine solche Menge als Eigenbedarf, weshalb meist von der Strafverfolgung abgesehen wurde. Diese Praxis bestand seit 1992, als sie in Paragraph 31 a des BTMG rechtlich ermöglicht wurde. Dieser kleine Schritt zur Entkriminalisierung von UserInnen wird heute von Justizsenatorin Peschel-Gutzeit als „Ruhekissen" bezeichnet.

Damit soll jetzt Schluß sein. Wie Innensenator Wrocklage in der Presse über den Charakter der neuen Verordnung wissen ließ: „Ein Vergehen wird so zum Verbrechen". Damit ist die Richtung vorgegeben. Während bisher die Strafverfolgungsbehörden einen Handel nachweisen mußten, um Anklage zu erheben, ist es nun an den Kontrollierten, zu beweisen, daß sie ihren Stoff nur zum Konsum mit sich führen. Zusätzlich müssen sie mit Strafverfolgung rechnen, wenn sie sich „besonders sozialschädlich" verhielten. Das bedeutet: Der öffentliche Konsum in der Nähe von Spielplätzen, Kindergärten, Jugendwohnungen und Schulen wird zum besonderen Anlaß für die strafrechtliche Verfolgung. Wenn darüber hinaus die Polizei angehalten wird, vermehrt auf bestehende Drogeneinrichtungen zu verweisen, dann wird deutlich, worum es bei dieser Verordnung neben der weiteren Kriminalisierung auch geht: UserInnen sollen, effizienter noch als bislang, aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden. Oder andersherum: Junkies gehören unter die Aufsicht der Sozialarbeit. Mit dem Angebot an „Gesundheitsräumen", von progressiven Drogenhilfeträgern jahrelang erkämpft, besitzt die Hamburger Politik nun den besten Vorwand, offene Szenestrukturen zu zerschlagen und die KonsumentInnen von der Straße zu vertreiben. Daß die Konsumräume in der Regel überfüllt, die Einrichtungen personell unterbesetzt und aktuell viele von der Ausschreibung bedroht sind, und daß vielleicht auch nicht jeder Mensch, der mit Drogen zu tun hat, Lust hat, sich sozialarbeiterisch „helfen" oder beaufsichtigen zu lassen, ist dabei nicht von Interesse. Von großem Interesse ist hingegen der öffentliche Effekt. Der immer häufiger und immer deutlicher artikulierte Wunsch nach „Sicherheit", die sich an der Dichte von UniformträgerInnen im Straßenbild zu bemessen scheint hat schon lange in der Auseinandersetzung um offene Drogenszenen seinen Dauerbrenner gefunden. Aber die weitere Zuspitzung der oft schwierigen Lebenssituation von UserInnen ist nur ein Teil der neuen Verordnung. Wichtiger noch als die Einschüchterung der KonsumentInnen, ist der Wille, ein wirkungsvolles Mittel gegen den Klein- und Kleinsthandel auf der Straße zu schaffen. In der Frage, wie dies zu bewerkstelligen sei, haben die Behörden nun offensichtlich einen Konsens gefunden. In den Presseberichten wird die gewünschte Stoßrichtung deutlich. Da ist von einer hinterhältigen Cleverness der DealerInnen die Rede, die sich ganz fix die Vorteile einer entkriminalisierenden Praxis zu Nutze machten mit der sie nicht gemeint waren. Sie hätten deshalb immer nur kleine Mengen Drogen bei sich, und gäben sich bei Kontrollen unverschämt als KonsumentInnen aus. Damit soll nun Schluß sein. Mit Hilfe des Computersystems „Comvor" wird seit neuerem jede Kontrolle von Angehörigen der Drogenszene registriert, ebenso Informationen über den Aufenthalt mutmaßlicher DealerInnen und deren Kontakte zur Drogenszene. Die unterschiedlichen Einzeltaten sollen zusammengefaßt werden und somit Verfahren

ermöglichen. Die Staatsanwaltschaft wird verpflichtet, aufgrund von Polizeiaussagen Verfahren einzuleiten. Das wird besonders brisant dadurch, daß in Zukunft eine Anklage auch dann möglich sein wird, wenn bei einer/einem Beschuldigten überhaupt keine Drogen gefunden werden. Im Klartext: Menschen sollen als DrogendealerInnen vor Gericht gestellt werden können, ohne daß ihnen ein konkreter Handel überhaupt nachgewiesen werden muß.
Dafür genügt, daß die Polizei andere „relevante Umstände" feststellt: Der Kontakt zu KonsumentInnen, das Entgegennehmen von Drogengeld (wie solches Geld aussehen soll, war der Presse leider nicht zu entnehmen) oder auch die Beobachtung, daß Drogen heruntergeschluckt würden. Mit diesem letzten Punkt kann sich Hamburg nun um die Schwierigkeit herummogeln, daß die zwangsweise Behandlung mit Brechmitteln, wie sie in Bremen bereits lange üblich ist, rechtlich noch nicht abgesichert ist. Eine Entscheidung der BVG, ob diese Praxis mit der Menschenwürde vereinbar ist, steht nach wie vor aus. Dennoch wurde auch in Hamburg ihre Einführung in den letzten Jahren immer dann gefordert, wenn der populistische Kampf weiter Teile der Presselandschaft gegen die offenen Drogenszenen in den unterschiedlichen Stadtteilen Hochkonjunktur hatte.
Überhaupt zielt diese weitere Verschärfung der repressiven Hamburger Drogenpolitik ganz zentral auch auf den öffentlichen Effekt. Politik und Justiz wollen sich nicht länger nachsagen lassen, sie täten nichts gegen die Präsenz offener Drogenszenen. Wo bislang die Hilflosigkeit der Polizei angesichts der „schwierigen Rechtslage" beklagt wurde, wird nun schnell ein weiteres Mäntelchen scheinbarer Rechtsstaatlichkeit abgeworfen: Aus Unterstellungen werden rechtlich verwertbare Beweise. Damit wird die polizeiliche Praxis, willkürlich Menschen nach „Augenschein" - sprich: Vorurteil - zu verdächtigen und zu kontrollieren, zusätzlich legitimiert. Es geht darum, die Menschen, die ohnehin bereits durch Polizeimaßnahmen eingeschüchtert werden, noch wirkungsvoller zu kontrollieren.



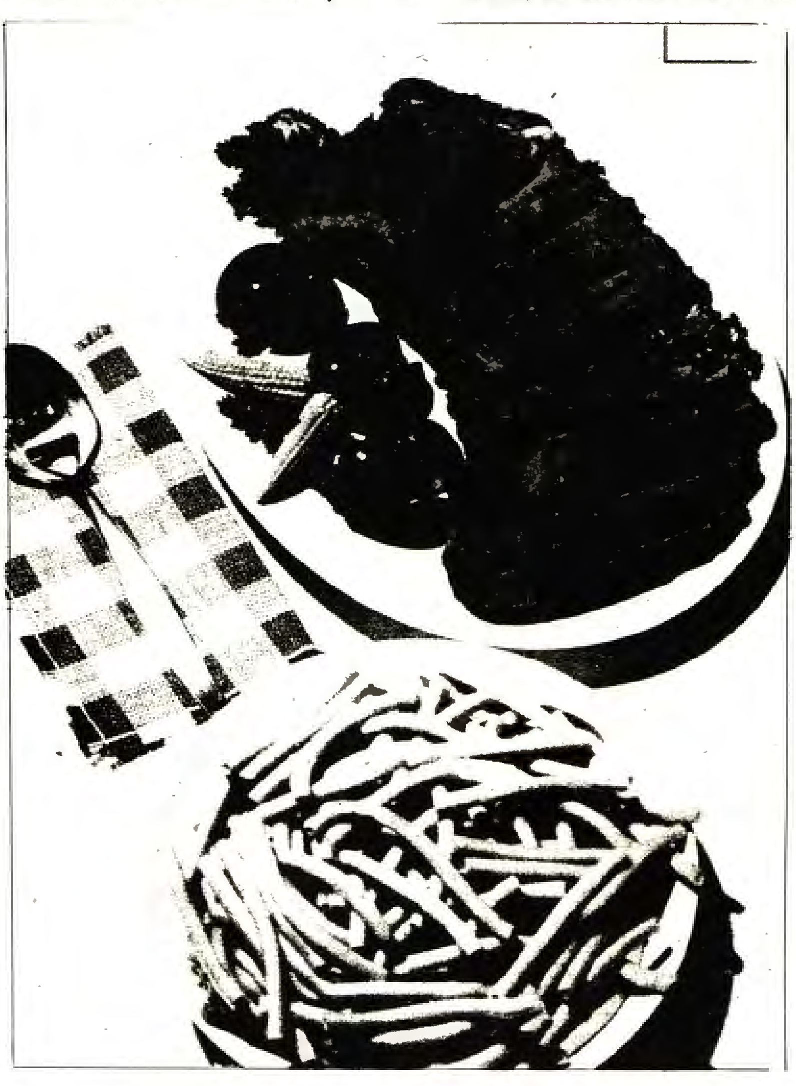
Dazu paßt, daß wie so oft auch diesmal der „schwarze Dealer" in der Berichterstattung die zentrale Figur ist. Das rassistische Vorurteil wird wieder einmal zur Tatsache erklärt, die es in der Polizeipraxis und der Pressehetze lange ist. Klar, daß Wrocklage triumphierend androht, daß „afrikanische Dealer" nun verstärkt mit Abschiebung rechnen müßten. Die neue Verordnung wird auch in dieser Hinsicht die repressive Bilanz deutlich erhöhen und ist insofern nicht allein als drogenpolitischer Eingriff, sondern auch als Verschärfung der Durchsetzung deutscher Flüchtlingspolitik zu sehen. Wenn schon räumliche Nähe zur Drogenszene ein relevantes Verdachtsmoment darstellt, dann wird die Zahl derer, die als Dealer gelten, ganz bestimmt rapide ansteigen.
Es geht bei der neuen Verordnung darum, Menschen, die in den letzten Jahren immer mehr an den Rand gedrängt und von der Polizei mit einem dauerhaften Pauschalverdacht verfolgt und drangsaliert wurden, noch effizienter auszugrenzen und zu kriminalisieren. Dabei ließ die Effizienz der Polizeiarbeit auch in der Vergangenheit leider selten zu wünschen übrig, wenn es gegen alle möglichen Gruppen von Marginalisierten ging. Bei all den Razzien, Kontrollen, Platzverweisen, Festnahmen, Beschimpfungen und Mißhandlungen, die Schwarze, Junkies, DealerInnen und auch Obdachlose auch jetzt schon über sich ergehen lassen müssen, bedeutet die Erweiterung des Rahmens rechtlich abgesicherter Willkür durch die neue Verordnung eine weitere Verschärfung. Ein Szenario, in dem ein Schwarzer festgenommen und gegebenfalls sogar abgeschoben wird, weil ein Polizist glaubt oder zumindest aussagt, ihn beim Schlucken beobachtet zu haben, ist nicht mehr so absurd, wie es klingt. Die Erhebung polizeilicher Beobachtungen oder Aussagen in den Rang gerichtlich verwertbarer Beweise macht das möglich. Der „Augenschein" - der auf Vorurteilen und dem polizeilich-repressiven Blickwinkel beruht, wird zur Tatsache gemacht. KommentatorInnen verschiedener Tageszeitungen stellten übereinstimmend fest: Es geht darum, Frust bei der Polizei abzubauen. Dazu haben die BeamtInnen nun alle Möglichkeiten Daß ihre Möglichkeiten, Menschen unter Verdacht zu stellen, allein an vage Beobachtungen geknüpft wird, die dann zu Beweisen avancieren, wird die perfekte Stigmatisierung durch polizeiliche Maßnahmen noch weiter vorantreiben Die Bewegungsfreiheit einer Vielzahl von Menschen wird weiter eingeschränkt. Der öffentliche Raum wird noch stärker der Kontrolle durch die Polizei unterstellt. Denen, die bereits heute kaum ungestört leben können, wird der willkürliche Zugriff von Polizei und Justiz auch in Zukunft das Leben schwer machen.
An dieser neuen Hamburger Verordnung wird neben dem unbedingten Repressionswillen vor allen Dingen eines deutlich: Was Kriminalität ist, wird anhand dessen, was populär erscheint, bestimmt. Selten läßt sich ein solcher Stigmatisierungsprozeß so glasklar beobachten wie an diesem Beispiel.

Rote Flora: Arbeitsgruppe gegen Kriminalisierung und Ausgrenzung, September 1999

Postbananische Zustände - Verstärkerkongreß

Vom 22.-24. Oktober findet in Leipzig ein Kongreß zu den Themenkomplexen Nazidominanz in öffentlichen Räumen, kulturelle Hegemonie und Möglichkeiten linksradikaler und antifaschistischer Strategien statt. Organisiert vom Bündnis gegen Rechts (Leipzig) richtet er sich bundesweit an linksradikale Zusammenhänge und Antifa-Gruppen.

Wir wollen nicht unken. Bei der Antifa geht wenigstens noch was. Aber geht es gut?
Der eine oder andere Aufmarsch der Nazis ging aufgrund der Gegenmobilisierung gründlich in die Hosen. Nun ja, verhindert wurde keiner so richtig, aber wenn er nicht mit Verweis auf das Antifa-Potential verboten wurde, so wirkte wenigstens der Publicity-Effekt für die Nazis wie ein Bumerang. Hinter Schlagzeilen von "Chaoten, Randale und Auseinandersetzungen zwischen linken und rechten Extremisten" erkannte die angestrebte Massenbasis nicht die disziplinierte Ordnungsmacht. Wenn die NPD gerade an dieser Frage zerbrechen sollte, dann könnte sich die Antifa einen schönen Erfolg ans Revers heften. Die rechte Alltagskultur ist aber leider damit kaum weniger dominant, reproduziert sie sich doch unabhängig von Parteistrukturen in Cliquen, auf der Straße, bei Nazi-Rock-Konzerten und in der Schule. Und schon sieht es mit dem Einfluß der Antifa mau aus. Und völlig in den Sternen steht ihre gesellschaftliche Relevanz angesichts solcher Ausformungen der Nach-Rechts-Entwicklung wie dem DVU-Wahlerfolg in Sachsen-Anhalt, der rassistischen Unterschriftenkampagne der CDU gegen die doppelte Staatsbürgerschaft oder der antisemitischen Walser-Rede....
Die Gesellschaft ist schuld, natürlich. Und die hat sich ganz schön geändert. Dies meint nicht nur, daß der Kapitalismus in Ausformung und Ideologie wieder mehr zu sich selbst findet - auch das spielt eine Rolle, wobei zu klären ist, welche. Augenscheinlicher ist, daß die Linksradikalen und mit ihnen ihr heute noch einzig wahrnehmbarer Teil - die Antifas - ihre Attraktivität und Dynamik als "Bewegung" eingebüßt haben. Auf diese Feststellung wird meist geantwortet, daß mit dem Ende des Realsozialismus auch jede linke Alternative, jede Gesellschaftsutopie auf dem Müllhaufen der Geschichte landete. Aber auch diese Meta-Erklärung ist so allgemein wie nichtssagend.
Wie funktionierte die radikale Linke der Nach-68-BRD als es ihr gut ging, ihre Interventionsmöglichkeiten nicht mehr oder weniger staatlich akzeptierten, sondern erkämpften Freiräumen entsprachen? Jugendliche Protesthaltung, Gerechtigkeitsempfinden, und Generationenkonflikte kanalisierten sich irgendwie automatisch in unterschiedlich links politisierten Jugendkulturen. So richtig zum Konzept machten dies die Autonomen im Rahmen der in den 60er Jahren erfundenen "Gegenkultur", mit der sie in den 80ern groß raus kamen und in den 90ern untergingen. Spätestens seit dieser Zeit ist das Verhältnis der Linksradikalen zu Jugend- und Subkulturen ein gespaltenes. Die MTV und VIVA-Generation erscheint als kritiklose Masse der Konsumgesellschaft, und ebenso fällt auf, daß es nicht gelingt, mit einer Kritik am Warenfetisch die VertreterInnen von Hip-Hop- und Skateculture zum politischen Intervenieren zu verleiten. Aber so richtig verlassen wollen die Linksradikalen die Kulturschiene dann doch nicht. Keine Demo ohne Mucke, kein Benefiz ohne Hits. Und läßt sich nicht beobachten, daß überall dort, wo nichtrechte Jugendkulturen ein Zentrum haben, meist in den Metropolen, die dumpfe Dröhnung der Nazis auf viel weniger Sympathie stößt?
Vielleicht sind die Subkulturen ja die zukünftigen BündnispartnerInnen der Antifa von Morgen. Von der "liberalen Öffentlichkeit" und dem "linksliberalen Politikspektrum" hat jedenfalls schon lange niemand mehr gehört. Doch bevor die Frage nach der Bedeutung der Kultur für linksradikale, antifaschistische Politik geklärt, bevor Strategien und Gegenkonzepte entworfen werden, müssen noch ganz andere, hausgemachte Defizite und Probleme der Antifa auf den Tisch. Wie sieht es eigentlich mit der eigenen Darstellung aus? Welche Symbole ermöglichen die Identifikation? Welchen Stellenwert hat Rebellion? Spielen gesellschaftliche Gegenmodelle, die aufs Ganze gehen, anstatt im tagespolitischen zu versacken, auf Dauer keine Rolle mehr?



Postbananische Zustände
Zehn Jahre nach der Wende hat sich im Osten das Verhältnis zu exotischen Früchten nachhaltig normalisiert. Würde heute ein Symbol für die gesellschaftlichen Zustände in den neuen Bundesländern gesucht, käme die Banane nicht mehr in Betracht, das Bild vom Nazi mit Baseballkeule in der Hand hat da schon einiges mehr an Aussagekraft.
Zwischen Rostock und Dresden bestimmen junge Nazis die Jugendkultur. Politische und kulturelle Alternativen zum Nazisein werden - so sie denn überhaupt existierten - Schritt für Schritt verdrängt. So ist in den ostdeutschen Gemeinden - mit hoher Wahrscheinlichkeit - der kommunale Jugendtreff auch das lokale Nazizentrum. Gut behütet von SozialarbeiterInnen, die dumm und ahnungslos zu BieröffnerInnen bei Kameradschaftsabenden avancieren oder sofort aus tiefster Überzeugung mit ihrer Klientel eine Sprache sprechen. Doch damit

ist die Lobby für die Nazis im Osten alles andere als vollständig. Wird nur ein bißchen im braunen Sumpf gestochert, so stellen sich öffentliche Meinung, Kommunalverwaltung und -politik vor "ihre Jugendlichen" und bilden eine fast unüberwindliche Phalanx gegen antifaschistisches Engagement.
Die positive Einstellung der ostdeutschen Bevölkerungsmehrheit gegenüber den deutschen Sekundärtugenden und der rassistische Konsens tun ein übriges im Zusammenspiel einer sich als Avantgarde gebärdenden Nazijugendkultur mit ihrer Elterngeneration, die ihr an Radikalität nur nachsteht, wenn es darum geht, selbst gewalttätig das eigene Weltbild praktisch umzusetzen. Ergebnis dieses Prozesses ist eine Realität, in der das offensichtliche Nazisein so normal ist wie der Erwerb von Südfrüchten im Supermarkt. Diese Art der Normalisierung beschränkt sich natürlich keinesfalls auf die breite Akzeptanz gegenüber den äußerlichen Codes der Nazis, sondern nach und nach werden die Elemente der Naziweltanschauung zum Alltagswissen.
Bei soviel Fürsorge gedeihen die braunen Zonen prächtig. Der Ort, wo sich gestern Punks und MigrantInnen noch relativ geduldet fühlten, ist vielleicht schon morgen für sie tabu. Der gehört den Rechten, heißt das dann. Wurzen, Guben, Schwedt, Hoyerswerda - kein Kommentar. Magdeburg-Olvenstedt, Leipzig-Grünau, Berlin-Lichtenberg..., die Liste ließe sich mit fast jeder Gemeinde und jedem Stadtteil im Osten ergänzen. Und auch dann noch wäre sie unvollständig, denn mit den braunen Zonen scheint der Osten endlich wieder mal einen originären und beliebten Exportschlager zu haben. In der bayrischen Provinz oder in der Abgeschiedenheit des westdeutschen Nordens ist die rechte Alltagskultur nicht unbedingt ein Newcomer, aber immer mehr lassen sich im Westen auch "ostdeutsche" Zustände beobachten. Und eines ist jetzt schon klar, klopfen Nazis an die Türen westdeutscher SozialarbeiterInnen, so werden diese genauso problemlos aufgestoßen wie im Osten, ist doch die Grundlage sozialarbeiterischen Umgangs in Ost und West völlig identisch. Was gleich die Frage nach sich zieht, an welchen Stellen der zivilisatorische Schutz westlicher Demokratie- und Kulturerfahrungen vor einem Erfolg der Nazibewegung in ähnlicher Weise ein Mythos ist, der sich in naher Zukunft als überholt erweisen wird. Wachsender Alltagsrassismus, die "Normalisierung" Deutschlands und zunehmende antiwestliche Ressentiments weisen in diese Richtung.
Trübe Aussichten. Es scheint so, als bliebe nur die Frage zu klären, in welcher Art und Weise sich die Rechtsentwicklung fortsetzt. Erringen die Nazis bundesweit die kulturelle Hegemonie, oder stellen sie nicht viel mehr als eine gefährliche, aber funktionalisierbare Legitimationsgrundlage für die Rechtsentwicklung des bundesdeutschen Politikmainstreams dar?



Selbstbezichtigung

Seit einigen Jahren ist das BgR in Leipzig und im Umland aktiv. Einiges konnte bewegt werden, es gibt ein ganz passable Antifa- und Alternativszene, nicht jeder Stadtteil ist für MigrantInnen, Punks etc. eine "No Go Area". Doch bezeichnend ist, daß auch die Arbeit des BgR sich stark nach den Aktivitäten der Nazis richtete. Gegenmobilisierungen machten zumindest einen großen Teil davon aus. Und wenn wir ehrlich sind, so müssen wir feststellen, daß wir gegenüber den Nazis nie so richtig in die Offensive gelangt sind. Den Nazis keine Räume zu lassen, ihnen keinen Fußbreit zu gönnen, sie rauszuwerfen, sie zu schlagen, wo wir sie treffen, dies blieben auch bei uns Maximalforderungen, die sich in der Realität alles andere als verwirklichen ließen. Ganz aktuell zeigte sich dies bei den antifaschistischen Interventionen im Leipziger Stadtteil Grünau. Eine brauen Zone von vielen, in die wir Unruhe brachten, in der wir sogar (ja, es muß leider gesagt werden: sogar) die vorläufige Schließung eines Nazitreffs erzwingen konnten. Das Kräfteverhältnis umzukippen, gelang uns allerdings nicht. Am konkreten Beispiel zeigte sich zum wiederholten Male (wie schon in Wurzen) die Begrenztheit des allgemeinen antifaschistischen Repertoires und damit die Notwendigkeit grundsätzlicher Überlegungen.
Ein plumper Taschenspielertrick, der nur notdürftig die eigene Machtlosigkeit verdeckt, möchten da vielleicht einige meinen: Bloß weil wir vor "unserer Haustür" nichts auf die Reihe kriegen, zetteln wir gleich großtrabend bundesweite Kongresse an und erwarten schlaue Gedanken von anderen Leuten. Ja, na und?
Das BgR sieht sich als Teil einer linksradikalen antifaschistischen Bewegung und genau jene ist sowieso dazu verdonnert, sich den Fragen nach der Analyse des Gegenwärtigen und daraus folgenden Interventionsmöglichkeiten zu stellen. Diskussionsbedarf gibt es, nicht nur das BgR ringt um Grundannahmen und Perspektiven. Mit dem Verstärker-Kongreß existiert ein Rahmen für die fällige Auseinandersetzung auf breiter Ebene.
Ach so. Falls sich gefragt wird, woran die Teilhabe an der oben beschriebenen Bewegung, und damit die "Zugangsberechtigung" für den Kongreß erkannt wird? Ganz einfach: Betrachtest du die rechte Alltagskultur, die Dominanz von Nazis in öffentlichen Räumen und ihre Hegemoniebestrebung als ein unbedingt zu lösendes Problem. Möchtest du dabei nicht auf den Staat und aufs bürgerliches Feuilleton, sondern viel eher auf autonome Organisation setzen? Lösen Begriffe der Totalitarismustheorie Ekelanfälle aus und bist du gelangweilt von den Statements sogenannter "RechtsextremismusexpertInnen"? Werden alle Fragen mit "ja" beantwortet ("weiß nicht", geht auch), dann bist du herzlich eingeladen.

Warnung: Was der Verstärker-Kongreß soll

Der Kongreß soll angesichts der verschiedenen Konzepte der Vergangenheit, die der beschriebenen Situation alle nicht gerecht wurden (traditionelle Antifapolitik, Wohlfahrtsausschüsse usw.), über den Stand der Dinge hinaus weisen. Es ist nicht unser Ziel, einfach nur richtige Fragen zu stellen, es ist auch nicht unser Ziel, die alten Erfahrungen endlos wiederzukäuen. Was wir uns von dem Kongreß erhoffen, sind neben der Diskussion gegenwärtiger Ergebnisse verschiedener Analyseansätze in Bezug auf die Entwicklung einer zeitgemäßen antifaschistischen Politik, Synergieeffekte. Es soll zusammenkommen, was in linksradikalen Paralleluniversen, an partiellen Ergebnissen vorliegt, um das Fundament der zukünftigen Politikansätze zu vertiefen, zu stärken und zu verbreitern. Auch wenn ein solcher Kongreß keine fertigen Konzepte bringen wird, soll die an der Entwicklung politischer Praxis orientierte Analyse, die notwendige inhaltliche Diskussion ermöglichen.

Kontakt/Infos:
Bündnis gegen Rechts (Leipzig), c/o VL, Postfach 54, 04251 Leipzig, Fax: +49-341-301326

Anwerbeversuch

Gedächtnisprotokoll zum Anwerbeversuch des Hamburger Verfassungsschutzes am 13.9.1999, 18.00-18.30 Uhr

Ort: Kontaktaufnahme Talstr. Ecke Simon v. Utrechtstr., Anwerbungsgespräch im/vor Cocteau Wohlwillstr.
Personenbeschreibung des VS-Beamten: ca 40-50 Jahre alt, angegraute 3-4cm lange Haare (schwarz-grau), grau-schwarzer Schnauzbart, graue klare Augen, braun gebrannt (Segler?), ca. 1,80m groß, machte einen sportiven Eindruck (unterstützt von der Kleidung)
Bekleidung: grobleinenes, naturfarbenes Shirt, am Halsausschnittanfang ein weißes Schild: CESAR (schwarze Buchstaben), beige Hose im Outdoor-Look, Turnschuhe Adidas, wildleder braun, schwarze Streifen, weiß hinterlegt, gelbdurchsichtige Sohlen (passten nicht).
Schmuck: linkes Handgelenk: goldene Armbanduhr mit drei integrierten einzelnen(goldfarben) Kreisen, restlicher Grund dunkelrot; rechtes Handgelenk: ca. 2 mm durchmessender Lederstreifen, einfach bis zu einem ca. 5 cm langem komplexeren Knoten
Name: Jürgen

Ablauf des Anwerbeversuches

... Fuhr mit dem Fahrrad die Silbersackstr. herunter, über die Reeperbahn, Talstr., wurde dort beim Warten von o.g. Person, ebenfalls auf dem Fahrrad angesprochen mit
J: „hallo, du bist doch Zimmermann. Ich würde mich gerne mit dir über was Geschäftliches unterhalten. Hast du einen Moment Zeit?"
...: „Nee, bin gestern nach Hause gekommen und muß noch Einkaufen."
J: „Auf ein Bier in die Kneipe. Ein gutes Geschäft."
...: „Woher kennen Sie mich eigentlich?"
J: „Schon länger."
... inzwischen über die Simon v. Utrecht Richtung Wohlwillstr. J. drängte weiter auf ein Gespäch
...: „Wir können im Cocteau einen Kaffee trinken."
J: „Wo ist das denn?"
...: „Gleich hier."
Suchte mir einen Tisch gleich neben einem besetzten aus (war die Bedienung und ihr Bekannter)
J: „Sollen wir nicht lieber einen ruhigeren nehmen?"
...: „Nee, der ist genau richtig. Ich bestell noch schnell einen Milchkaffe."
Stehe auf, zur Theke.
J. hinterher: „Für mich auch einen."
zurück zu den Tischen draußen
J: „Nicht doch hier außen?"
...: „Nein, schon bewußt gewählt. Sie haben mir noch nicht gesagt wie sie heißen."
J: „Ich weiß eine ganze Menge über dich."
Zählt auf: „Zufällig im gleichen Ort geboren." Erzählt über den Ort.
...: „Bin als Kleinkind dort weg, weiß ich nix mehr von, ich schätze sie sind vom VS oder einer politischen Polizeidienststelle."
J: „Sollen wir das Gespräch fortsetzen?"
...: „Sie haben mir noch nicht gesagt wie sie heißen und was sie wollen."
J: „Jürgen. Ich möchte dir einen Deal vorschlagen. 1.000,- DM monatlich ohne zeitliche Begrenzung für Informationen aus der Szene, du kennst dich da ja aus, Details usw. Du sollst keinen ans Messer liefern."
...: „also VS?"
J: "Hamburger Behörde."
...: „Nein das ist es mir nicht wert. Ich verstehe nicht warum ein Pups wie die Flora diesem Staat so Angst macht."
J: „Keine Angst, wir glauben, ihr spielt nicht mit offenen Karten also tun wir es auch nicht. Wir möchten Inhalte erfahren nicht nur von der Flora."
...: „Nein, definitiv mach ich nicht."
J: „Schade, ich bin zu deinem Glück nicht so einer der jetzt sagt: wenn nicht dann wirst du Ärger bekommen."
...: „Toll."
J. fragt dann noch Sachen über die Bausituation in der Hafenstraße, wie wir arbeiten, Beschäftigte, ob Subunternehmer oder nicht, wer der Arbeitgeber ist und ob alle Gewerke von uns abgedeckt werden?
... Hat diese offen zugänglichen Infos gegeben, steht auf.
J: „Wir sehen uns nie wieder, außer du willst das."
...: „Man kann nie wissen, was kommt."
J: „Wir stehen im Telefonbuch"
... steht auf, zur Bedienung: der Herr zahlt. Fährt los. J. bleibt sitzen.

J. war während des Gesprächs sehr nervös und unruhig. Vielleicht hatte er eine andere Lokalität abgeklärt und war nun unvorbereitet oder nicht abgedeckt in der Nähe der Jäpa allein, was ich aber nicht glaube. Hatte aber mich nicht so gesetzt, dass ich alles im Blickfeld hatte. Natürlich bleibt die Frage, warum ich, und das Gefühl, nicht mehr zuhause zu sein und du magst das Telefon nicht mehr. Aber das ist alles nix zu der Schizophrenie eines Spitzels und dem Belügen von FreundInnen und GenossInnen. Also KEINE OFFENEN KARTEN VOM PUPS. ARTUR UND ANNA SPIELEN WEITER VERDECKT UND HALTENS MAUL
So long ...

Nazis fahren Omnibus

Folgende Busunternehmen haben daran verdient, Faschisten zu ihren Aufmärschen zu transportieren:

Kiel, 30.1.99

- Kiefer Reisen, Overrath
- Kittlaus, St. Augustin
  Kittlaus, Herbert, Busbetrieb, Paul-Gerhardt-Str. 25a, 02241/334949, Paul-Gerhardt-Str. 27, 02241/334416
- Weihrauch, Osterode a.Harz
  Weihrauch-Reisebüro GmbH, 05522/4666, Reisebüro u. Gruppenreisen, Am Schilde 23
- Bösert, Altena
  Bösert, Horst, 02352/71371, Omnibus u. Mietwagen, 02352/73883, In der Husstadt 10
- Sowada-Reisen, Hildesheim
- Boddensegler, Ribnitz-Damgarten
  Boddensegler Reisebüro, 03821/812577, Markt 5, 03821/89448-1
- David-Reisen, Oelde
  David-Reisen GmbH u. CoKG, 02522/9312-0, Taxi, Krankentransporte, Busse, Non-Nagel-Str. 34a

Hamburg, 10.7.

- Wüllner, 59908 Bestwig
  Bruno Wüllner, 02905/500, Omnibusbetrieb, Taxi, Ziegelwiese 5, Bestwig-Ramsbeck
- Aschemeyer, Minden (Westf.)
  Aschemeyer, Ernst, 0571/55424, Omnibusbetrieb, Meisterweg 10
- Rupertireisen, Berlin
  laut Telefonbuch gibt es lediglich zwei Reisebüros Ruperti



Urteil in „AIZ-Prozeß"

Der Prozeß aus Sicht der Aachener Prozeßbeobachtung

Am 1. September sprach der Vorsitzende Richter Breidling am OLG Düsseldorf das Urteil im „AIZ-Prozeß". Der Sechste Strafsenat befand beide Angeklagten des vierfachen versuchten Mordes in Zusammenhang mit Sprengstoffanschlägen und der Vorbereitung eines weiteren Sprengstoffanschlags für schuldig. Bernhard Falk wurde zu 13 Jahren, Michael Steinau zu 9 Jahren Knast verurteilt. Der § 129a wurde wegen Mangel an Beweisen eingestellt. Das hohe Urteil beruht im wesentlichen auf Erkenntnissen aus dem GPS-Einsatz, auf dem Material des Verfassungsschutzes und auf den Einlassungen Michael Steinaus.

„Gegenprobe" - die Einlassungen Michael Steinaus

Michael Steinau hatte seine Beteiligung an drei Anschlägen im Verlauf der Hauptverhandlung eingestanden. Darauf nahm er im Schlußwort noch einmal Bezug und erklärte dem Gericht, wie er „nach dem Koran zu bestrafen" sei. Nämlich dafür, daß Menschen Unrecht getan worden sei und zwar nach dem Prinzip Auge um Auge... Die Thora sei von Gott gesandt und daher als Instanz zur Bestrafung autorisiert. Nicht aber ein Gericht.

Der Senat fand zwar, daß die Angaben zu den Anschlägen zu pauschal seien, erachtete sie jedoch insgesamt als glaubwürdig. Sie hätten jedoch nur den Stellenwert einer Gegenprobe.

Die beiden Angeklagten waren Ende Februar 96 verhaftet worden. Nach gut 1 ½ Jahren U-Haft begann der Prozeß, der sich über fast zwei Jahre hinzog. Die Verteidigerin Edith Lunnebach wies am Anfang des mehrstündigen Schlußvortrags der Falk-Verteidigung darauf hin, daß die Beweislage zu großen Teilen erst nach der Verhaftung und in beachtlichem Maß sogar noch nach Beginn der Gerichtsverhandlung zusammengetragen worden sei, was sich entsprechend auf die Verfahrensdauer ausgewirkt habe.

Dagegen entdeckte der Vorsitzende Richter den Grund für die lange Dauer in der Intelligenz der Angeklagten, die „ihre Verfolger oft schier zur Verzweiflung" gebracht hätten.

Die BAW entwickelte das Hilfskonstrukt der „terroristischen Vereinigung" nach § 129a StGB um den Angeklagten die Anschläge über diesen Umweg anzuhängen, da ihr sonst jegliche Beweise fehlten. Jedoch war der Vorwurf noch weniger aufrecht zu erhalten, als der Vorwurf der Beteiligung an den Anschlägen selbst. Schon deswegen, weil die mittlerweile wohl berühmt gewordene dritte Person nicht aufzutreiben war. Weshalb der Ermittlungsrichter den § 129a im Jahr 1997 cancelte. Anders der sechste Strafsenat am OLG Düsseldorf. Er ließ ihn als Anklagepunkt zur Hauptverhandlung wieder zu. Dabei hätte man doch eigentlich gar nichts davon ahnen können, daß sich just mit Prozeßbeginn die Damen und Herren des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes daran machen würden, ihre AIZ-Geschichte zu schreiben, die zwar am Ende nicht den § 129a, wohl aber das Gesicht der Anklage, sowie des bemerkenswert hellsichtigen Staatsschutzsenates rettete.

Das VS-Konstrukt: Observationserkenntnisse, AIZ-Papiere und Sperrerklärungen

Nach fast einem Jahr Prozeßdauer trat der stellvertretende Chef des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, Wolfgang Düren von August 98 an insgesamt neun mal als gerngesehener Gastreferent im Prozeßbunker auf. Neben einer Fülle von Erkenntnissen über den Aufenthalt der beiden Angeklagten in den Jahren 93 bis 96 trug der Zeuge vom Hörensagen bzw. - „schreibensagen", so der Verteidiger Heinrich Comes - ein Konstrukt vor, nach dem die AIZ eine Aachener Organisation um Bernhard Falk gewesen sein soll. Die BAW würdigte dies, indem sie ein § 129a-Verfahren gegen drei Frauen einleitete. Darüber hinaus stützte sie den Strafantrag gegen Bernhard Falk und Michael Steinau im Schlußvortrag auf das Düren-Konstrukt. Es baut auf dem Einsatz von Peilsendern, Post- und Telefonüberwachung bei den Angeklagten und einer in der Nähe befindlichen Telefonzelle, sowie von mehreren Videokameras auf. Der Umfang des Technikeinsatzes kann allerdings bestenfalls hinsichtlich der Überwachung der beiden Angeklagten als einigermaßen aufgedeckt angesehen werden. Außerdem waren die altbekannten Schlapphüte im Einsatz: zu Fuß, per Fahrrad, mit dem Auto... Schließlich hatten sie eine konspirative Wohnung in Mönchengladbach in der Nachbarschaft Bernhard Falks angemietet, (die sie später mit dem BKA teilten), um die Observation perfekt zu machen. Entsprechend gestalten sich die Erkenntnisse: Das Betreten und Verlassen von Wohnhäusern und sogenannten Szenetreffs (womit vor allem diverse Kneipen gemeint sind), Fahrten mit dem Fahrrad, dem Auto oder öffentlichen Verkehrsmitteln etc.

Bernhard Falks Verteidigerin stellte angesichts der Observationserkenntnisse fest, sie ließen eine Verbundenheit der Angeklagten erkennen, aber nichts darüber, was die beiden verbunden hat.

Und das ist es, was fehlt in dem ganzen riesigen Erkenntniswust: Nichts gibt Aufschluß über die observierten Personen oder gar über deren Gesinnung. Und dennoch trug VS Düren bzgl. des „Aachener Umfelds" immerhin innere Beweggründe für deren angeblichen Austritt aus „der AIZ" vor, der Ende 94 gewesen sein soll. Wie ist das möglich?

Es ist ein Trick: Ausgangspunkt bieten die festgestellten Bewegungen, Aufenthalte und „Kontakte" (Treffen und Begegnungen mit anderen Personen). Diese mögen für sich richtig oder falsch sein, vor allem sind sie jedoch so beliebig wie belanglos. Sie wurden von einer Mischung aus Fragmenten des politischen und privaten Lebens der Betroffenen, AIZ-Papieren, sowie Kritikpapieren an der AIZ umgeben. Dann erzählte Düren dem Gericht, was die Betroffenen hinsichtlich der AIZ-Mitgliedschaft so gedacht hätten und gab dem Gebilde damit Konturen. Anfragen nach Belegen für sowas wurden regelmäßig mit Sperrerklärungen beschieden.

Diese traurige Gestalt bekam vor Gericht Leben eingehaucht, indem die einzelnen Menschen Gegenstand richterlicher Betrachtung wurden, ohne daß sie irgendwelche Eingriffs- geschweige denn Verteidigungsmöglichkeiten dagegen gehabt hätten.

Das Verfahren gegen die drei Aachener Frauen, die Vorladungen vor's OLG, die Beugehaft gegen einen Zeugen, die Exilierung von zwei Zeuginnen (die, im Ausland lebend, bis Mitte Juni diesen Jahres die BRD nicht betreten konnten ohne das Risiko einer Zwangsvorführung vor Gericht einzugehen) die fortgesetzte Observation des sogenannten Umfelds, all das beruht auf durch den VS beliebig ausschnitthaft dokumentierten Bewegungen einiger Menschen aus (Aachener) linken Zusammenhängen und Sperrerklärungen bezüglich „weiterer Beweise".

GPS-Einsatz - Auf der Spur des Passats

Noch eine Spur phantastischer wird die Sache beim GPS Einsatz. Auf die Art wurden überhaupt keine Menschen observiert, sondern statt dessen Fahrtstrecken und Stand-Zeiten eines roten Passats nachvollzogen. GPS (Global Positioning System) bezeichnet ein Gerät, das Satelliten-Signale empfängt und daraus die Empfängerposition errechnet. Die Bullen hatten an dem roten Passat von Michael Steinau ein solches Gerät im Dezember 95 angebracht. Seitdem zogen Beamte des BKA die Daten alle paar Tage per Funk ab. Daraus rekonstruierten sie zunächst mit „Fachphantasie" und „Fachglaube" (so der zuständige Bearbeiter vor Gericht) die Fahrtstrecken und Haltepunkte des Fahrzeugs. Dann machten sie sich auf Entdeckungsreise. Sie klapperten die Fahrtstrecken und Haltepunkte ab und schauten sich um. Schließlich dokumentierten sie, was die beiden Angeklagten dort in Vorbereitung eines Anschlages getan haben könnten. Die so gewonnenen „Erkenntnisse" wurden am Schreibtisch

aufgearbeitet und dann als Indizien in den Prozeß eingeführt. Mehrere Wochen lang. Dabei wurde einfach unterstellt, daß nur die Angeklagten gemeinsam und niemand sonst mit dem Fahrzeug unterwegs gewesen seien und der Grund der Reise, nämlich die Anschlagsvorbereitung, gleichermaßen. Und der Senat schrieb das so im Urteil fest. Bezüglich des Umfangs der Observation, die so wenig Greifbares zutage gefördert hat, sprach der Verteidiger Heinrich Comes von „Orwellscher Dimension". Und mit Blick auf die behördliche Zusammenarbeit, die in der gemeinsamen Nutzung einer konspirativen Wohnung gipfelte, formulierte Johannes Pausch eine Woche vorher, „BKA und Verfassungsschutz treffen sich zu einer Wohngemeinschaft in Mönchengladbach". Der Verteidiger von Michael Steinau warnte vor einer Verwischung der Trennung zwischen Prävention und Strafverfolgung, deren Vermischung in der Vergangenheit viel Unheil angerichtet hat.

In Saubermannmanier kehrte der Richter dagegen die ausgezeichnete Arbeit des VS heraus, ohne die und vor allem ohne den Technikeinsatz hätte der „Terror im ureigensten Wortsinn" nicht gestoppt werden können. Die Erkenntnisse sollten nun nicht verwertbar, ihr Einsatz ein Skandal, eine Verletzung der Menschenwürde sein?

Der BAW Ernst war der Meinung, beide Behörden hätten die Rechtvorschriften geradezu penibel beachtet. Ihre Arbeit hätte in der vorbildlichen Pflichterfüllung ihrer rechtsstaatlichen Pflichten bestanden. Und macht es das nicht um so schlimmer?



Wer nichts zu verbergen hat ...

Die Feststellung der Rechtmäßigkeit der Observationsmaßnahmen ist deshalb von so großer Bedeutung, weil im Fall rechtswidrigen Vorgehens, die daraus resultierenden Erkenntnisse nicht zur Verurteilung benutzt werden dürfen. Für die Anklage wäre das ein Desaster.

Der Senat ist sich seiner Sache sicher. Der Richter Breidling zählte in der Urteilsbegründung eine Reihe von Paragraphen verschiedener Gesetze auf, die die verschiedenen polizeilichen Observationsmaßnahmen legitimieren sollen. Der Senat hat seine diesbezüglichen Beschlüsse, die er schon im Dezember 97 gefaßt hatte, veröffentlicht. So konnte der Richter nun behaupten, die gesamte Kommentarliteratur (die für die Rechtsprechung sehr wichtig ist), stimme den Beschlüssen zu. Der Senat vertritt darin die Meinung, weder der Einsatz des GPS, noch das Zusammenspiel der durchgeführten Observationsmaßnahmen, die dem BKA eine umfassende rund-um-die-Uhr-Überwachung ermöglichten, was so nie einem/r Ermittlungsrichter/in zur Beurteilung vorgelegt worden war, sei verfahrensfehlerhaft oder verfassungswidrig. D.h., der Senat hat keinerlei Bedenken im konkreten Fall. Prinzipielle Bedenken gegenüber Ermittlungsmethoden, die in Richtung Totalobservation tendieren, nimmt er gar nicht erst wahr.

Somit konnte er auch nicht registrieren, wenn es in der juristischen Literatur heißt, die Senatsentscheidung reduziere die Menschenwürdegarantie aus dem Grundgesetz auf Null.

Der Spielraum des Erlaubten sei nicht einmal ausgeschöpft worden, schließt der Senat den maßgeblichen Beschluß ab und stellt damit die Weichen auf totale Überwachung.

„Auf Vertraulichkeit kann sich ein Verbrecher nicht berufen", schrieben einmal Richter am Volksgerichtshof in ein (Todes-)Urteil. Und darauf läuft es hinaus.

In bewährter Tradition: Der Verfassungsschutz

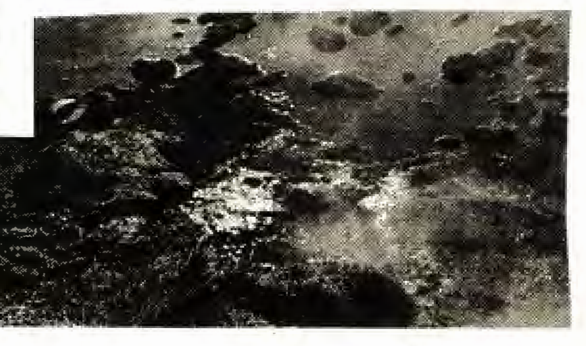
All das gilt allerdings nur für polizeiliche Ermittlungen. Die Observation des VS bleibt davon ziemlich unberührt. Im Zweifel käme dem Verfassungsschutz eine Begrenzung der polizeilichen Befugnisse sogar noch zu Gute. Der „Dienst mit dem präventiven Auftrag" macht, was die Kollegen und Kolleginnen der Strafverfolgungsbehörde nicht dürfen. Daß die im Rahmen der „Prävention" gewonnenen „Erkenntnisse" fleißig an BAW und BKA weitergegeben, anschließend noch in Strafprozessen verwendet und so der Strafverfolgung zugeführt werden, hat dieser Prozeß mehr als deutlich gezeigt. Der VS bekommt Geheimpolizeicharakter. Insofern hat er bereits gewonnen, es fragt sich nur noch, wie hoch.

In diesem Sinne rühmt sich die Behörde in der aktuellen Ausgabe der amtlichen Reklamebroschüre der vollbrachten Taten und gratuliert sich selbst damit zum fünfzigsten Geburtstag.

Calvin und Hobbes von der Repression bedroht!

Im Zusammenhang mit der Veröffentlichung einiger Schnipsel aus einem Observationsbericht des Verfassungsschutzes durch die Unbekannten Calvin und Hobbes, wies der Vorsitzende Richter postwendend auf die Strafbarkeit solcher Taten hin. Nichts zeigt den unfugigen Charakter der VS-Erkenntnisse - die doch die terroristische Involviertheit der halben Aachener Szene belegen sollen - besser, als dieser Observationsbericht. Calvin und Hobbes für die öffentliche Dokumentation dessen ein Jahr Knast (als Höchststrafe des § 353d StGB) anzudrohen, treibt die ganze bittere Absurdität noch auf die Spitze.

ProzeßbeobachterInnen (leicht gekürzt)



Veranstaltungsprogramm Oktober 1999

Freitag 1.10.	HC-Konzert the (international)noise conspiracy	
	Ex-Refused/Donuts/saidwas/Separation!	**21.00h**
Freitag 1.10.	epicenta 007 Double D	
	The female entertainment team diggin to the dancehallroots	**23.00h**
Dienstag 5.10.	Dubcafe/ Roots Commandment	**18-23.00h**
Freitag 8.10.	Konzert: Icono clasticos	**21.00h**
Samstag 9.10.	Soziales Zentrum Norderstedt: Punkkonzert mit Irrenoffensive (Kiel),	
	Goldstar (H), Prak (HH)	**20.00h**
Dienstag 12.10.	Dubcafe/ weed Acoustix	**18-23h**
Freitag 15.10.	Habibi Cave – Lesbischwule Oriental Tanznacht	
	Türkisch-Pop, Rai, Yoel, iranische Musik und natürlich orientalisches	
	Ambiente – seid gespannt!	**22.00h**
Samstag 16.10.	Antifa Offensive 99 Party	
	Immer mehr Naziaufmärsche, auch in Hamburg, wollen verhindert werden!	**22.00h**
Sonntag 17.10.	Abschiebeknast Glasmoor: Sonntagsspaziergang	
	Treffen Haus für Alle 14.00h	**15.00h**
Montag 18.10.	Punk/HC-Konzert: Post Regiment (cruste aus Polen)	
	Dir Yassim (HC aus Israel), 12 Aullidos (ex Freak Show Spanien)	**21.00h**
Dienstag 19.10.	Franz-Joseph Degenhart	
	Letzte Tournee, letztes Konzert in Hamburg!	**20.00h**
Dienstag 21.10.	HWP, Von-Melle-Park 9	
	Hattingen, Lübeck, Guben: Stationen des deutschen Faschismus	
	Drei Beispiele rassistischer Gewalt und ihrer institutionellen Verarbeitung	**19.00h**
Freitag 22.10.	Monsters of Rock Party	**22.00h**
Samstag 23.10.	Benefizfest für politische Gefangene der MRTA in Peru	
	Tanzgruppen, live Bands, Infos	**22.00h**
Sonntag 24.10.	Vollmondorchester	**21.00h**
Dienstag 26.10.	Dubcafe/ best friends from	**18-23.00h**
Freitag 29.10.	Shantytown Soundsystem UK-Roots und Dub	
	Nach Reggae in the grass jetzt wieder ein echter Dance	**23.00h**
Samstag 30.10.	SINUS 2- dnb/ techno/ elektronik/ chillout	**22.00h**
Sonntag 31.10.	HC/Punkkonzert – Machinegun Etiquette	**21.00h**
Mittwoch 6.11.	Soliparty Archiv der Sozialen Bewegung	

Soweit nicht anders angegeben, ist der Veranstaltungsort die Rote Flora

Ständige Termine:

Montag	**vegetarisches Essen ab 19.ooh**	
Montag und Donnerstag	**Archiv der sozialen Bewegungen**	**Fon 433007** **Fax 43254754**
Dienstag	**Dubcafe**	**18-23.00h**
Donnerstag	**Kochkollektiv. Lecker, vegetarisch, günstig.**	**ab 19.00h**
Donnerstag	**Anti-Atom-Gruppe.**	**18.30h**
1.Freitag im Monat	**epicenta Reggae Club – Roots/Dub/Dancehall.**	**Ab 23.00h**
1.Samstag im Monat	**Frühstück**	**ab 11 h**